

Über die Bedürfnisse der Kinder wird in der ganzen Vereinbarkeitsdebatte selten gesprochen. Wie geht es eigentlich ihnen bei alledem? Sind sie immer einverstanden, immer funktionieren zu müssen?



Das versteht keiner

Kinder und Karriere lassen sich in Südtirol nicht vereinbaren. Die Politik macht seit Jahren Versprechungen – aber es geht nichts voran.

Familie und Beruf – geht beides zusammen? Die übliche Antwort lautet: Doch, ja. Klar, natürlich hakt es manchmal ein bisschen, und ja, manchmal sind alle ein bisschen erschöpft. Aber im Großen und Ganzen klappt das schon. Irgendwie. Alles eine Frage der Organisation.

Die Wahrheit ist: Es ist die Hölle.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt auch 2025 für viele Mütter und Väter in Südtirol ein Wunschtraum. Sie bedeutet vor allem eines: ganz viel Stress. Plötzlich auftretendes Fieber, nächtliche Magen-Darm-Infekte oder eine kranke Tagesmutter führen direkt in die Organisations-Katastrophe.

Die Wirklichkeit liefert Geschichten wie diese: Eine Frau, Ende 30, entscheidet sich gegen Kinder, aus Sorge um fehlende Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Eine Pflegerin in Teilzeit denkt an Kündigung, weil ihre Arbeitszeiten nicht mit den Bildungszeiten ihres kleinen Kindes zusammenpassen. Viele Eltern verzichten darauf, um externe Betreuungsangebote anzuschauen, weil sie nicht als „Rabelknecht“ abgestempelt werden wollen.

Jedes Jahr um die gleiche Zeit kommt die bittere Erkenntnis auf, dass es immer noch schwer ist, Mutter zu sein und trotzdem gut zu arbeiten. Jedes Jahr in den ersten Monaten gibt es die sogenannten „Clickdays“, an denen die begehrten Plätze für die Sommerbetreuung in Rekordzeit vergeben sind. Wer nicht schnell genug ist, geht leer aus.

Und jedes Jahr aufs Neue gibt es Versprechungen der Politik. Vergangenes Jahr etwa kündigten Familienlandesrätin Rosmarie Pamer und Bildungslandesrat Philipp Achammer eine flächendeckende Sommerbetreuung für Kinder von drei bis sechs Jahren an, die Vereinheitlichung der Bildungszeiten in Kindergarten, Grundschule und Mittelschule, einen Mittagstisch in allen Gemeinden. Es solle künftig, so die zwei Politiker, „mehr Planungssicherheit“ und „verlässliche Angebote“ für Familien geben.

Ein Jahr später gibt es immer noch keine greifbaren Ergebnisse. Ernüchterung ist eingeleitet.

Achammer gesteht, dass er zu früh zu viel versprochen habe. Weniger, sagt er, sei oft mehr, wenn es um bestimmte öffentliche Diskussionen gehe. Das habe er in diesem vergangenen Jahr gelernt. Der Bildungslandesrat schiebt die Verantwortung nicht auf andere ab, sondern sagt „mea culpa“. Und Pamer, die Familienlandesrätin, betont, dass in diesem Jahr durchaus „viel und intensiv“ am Thema gearbeitet worden sei. Jetzt werde man das Ganze auf Schiene bringen.

Das Problem gibt es nicht erst seit gestern. Zahlen zeigen deutlich, dass man in den vergangenen Jahren nicht weitergekommen ist, weder bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, noch bei der Altersvorsorge und der Lohngerechtigkeit. Hier ein paar Beispiele:

In Italien leisten Frauen täglich 5 Stunden und 9 Minuten unbezahlte Care-Arbeit – Männer 1 Stunde und 48 Minuten.

In Südtirol sind fast 63 Prozent der berufstätigen Mütter teilzeitbeschäftigt – bei den berufstätigen Vätern nur 4 Prozent.

48 Prozent der Teilzeitbeschäftigten würden mehr Stunden arbeiten, wenn es verlängerte Betreuungszeiten gäbe. 71 Prozent von diesen wären sogar bereit, dafür zu bezahlen.

45 Prozent der Eltern brauchen Sommerbetreuung.

Fast 1.000 Südtiroler Mütter kündigen jedes Jahr ihre Arbeit, freiwillig und noch vor dem ersten Geburtstag ihres Kindes. Dann können sie Arbeitslosengeld beantragen.

In Südtirol liegt die durchschnittliche Rente von Frauen in der Privatwirtschaft bei 946 Euro – bei Männern bei 1.761 Euro.

Die Zahlen sind schon lange bekannt. Über nichts wurde in den vergangenen Jahren so viel geredet wie über Chancengerechtigkeit. Es wurden dazu viele Papiere und Pläne geschrieben. Aber am Ende sind wir nicht viel weiter als die Frauengenerationen vor uns. Südtirol rühmt sich gerne, ein offenes, innovatives Land zu sein. Hier aber tritt es auf der Stelle.

Das Ganze, sagt Christa Ladurner, spiegelt die Komplexität des Themas wider. Für die Vorsitzende der Allianz für Familie gebe es nicht „die eine Stellschraube. Das ist ein Prozess. Und ich glaube, dieser Prozess ist viel zu spät begonnen worden.“

Christa Ladurner setzt sich seit vielen Jahren für die Belange von Frauen und Familien ein; die Anliegen und Forderungen haben 13 Mitgliedsorganisationen der Allianz vor eineinhalb Jahren in ein Papier gegossen. Die wesentlichen Punkte: ein Gesamtkonzept für den Bildungs- und Betreuungsbereich, das die Altersspanne von 0 bis 14 Jahren umfasst; mehr Planungssicherheit; auf die Arbeitszeiten abgestimmte Angebote für Eltern; eine konsistente Investition in Bildung.

Christa Ladurner und ihre Mitstreiter:innen werden nicht müde, dies zu predigen. Die Vorsitzende versteht nicht, „warum man sich immer noch so schwer tut, in eine innovative Richtung zu gehen“. Es reiche nicht mehr aus, über jedes Problem ein neues Pflaster zu kleben.

In den vergangenen Wochen hielten Rosmarie Pamer und auch Philipp Achammer ihre Mediengespräche zu „Ein Jahr Landesregierung“ ab. Und obwohl Bildungszeiten und Sommerbetreuung ein so wichtiges und öffentlich heftig diskutiertes Thema sind, sprachen es die zwei Regierungsmitglieder von sich aus nicht an. Achammer betont, auf Nachfrage von *ff*, dass die Vereinheitlichung der Bildungszeiten keineswegs vom Tisch sei. Gleichzeitig verweist er auf die Autonomie der Schulen, dass diese das Recht hätten, ihre Zeiten autonom festzulegen.

Dann zählt er weitere „Hindernisse“ auf, etwa die Einrichtung von Mensen in allen Gemeinden. Man arbeite daran, die Gemeinden „aktiv zu unterstützen“, damit sie an fünf Tagen für alle Schülerinnen und Schüler einen Mittagstisch anbieten können. Oder die Nachmittagsbetreuung: Sie soll nicht mehr von der Familienagentur, sondern von der Abteilung Bildungsförderung gesteuert werden. Für die Sommerbetreuung hingegen soll es neue, vereinfachte Kriterien geben. Der Landesrat ist

„Die Gesellschaft hat sich verändert, die Strukturen aber sind dieselben geblieben. Irgendwann passt das alles nicht mehr zusammen.“

Doris Albenberger,
Elterninitiative

überzeugt, dass man so „Schritt für Schritt“ zum Ziel kommen werde.

Es fühlt sich allerdings an, als ob man insgesamt einen Schritt vor und wieder zwei zurück macht.

Will man verstehen, warum, erhält man meist ernüchternde Antworten: Fast alle denken nur an sich. Schulen, Vereine, Gemeinden, Familien, Wirtschaft, Politik – anstatt dass alle zusammenarbeiten bei diesem Thema, ist jeder auf die eigenen Interessen fixiert. Einige andere sagen zu *ff*, es sei völlig unlogisch, was in diesem Bereich derzeit passiere.

„Der Wille“, sagt Doris Albenberger, „ist irgendwo schon da. Aber es geht einfach alles viel zu langsam. Wir müssen einen Zahn zulegen.“ Albenberger ist Sprecherin der Elterninitiative Südtirol, sie kennt die Versprechungen und Enttäuschungen seit vielen Jahren. Der Bedarf, sagt sie, nehme von Jahr zu Jahr zu, eben weil beide Elternteile arbeiten müssten. Die große Hilfe – die Großeltern – könnten auch nicht mehr ständig einspringen, weil viele selbst noch arbeiten. Das Hauptproblem sei, sagt Albenberger, dass sich die Gesellschaft stark verändert habe, die strukturellen Gegebenheiten jedoch dieselben geblieben seien. „Irgendwann passt das alles eben nicht mehr zusammen.“

Die Familienstrukturen sind nicht homogen, sondern vielfältig. Dazu kommt, dass immer mehr Familien immer stärker unter Druck stehen – wirtschaftlich wegen der hohen Mietpreise und steigenden Preise, sozial wegen fehlender Netzwerke und mangelnder Integration. „Es gibt Familiensituationen“, sagt Christa Ladurner, „in denen es viel Stress und Erschöpfung gibt, aber wenig gemeinsame Zeit. Schule und Kindergarten seien für viele Kinder „ein wichtiger Ankerpunkt“. Sie plädiert dafür, vor allem in die Kindergärten, die erste Bildungsstufe, massiv zu investieren, in erster Linie in Personal. Denn: „Die Problematiken und Diagnosen bei Kindern sind vielfältiger geworden, und zwar schon im Kindergarten“. Je früher man die Kinder und Familien auffangen und begleiten könne, desto besser.

Im vergangenen Jahr richtete die Landesregierung einen Arbeitstisch ein – Vertreter aus den Bereichen Soziales/Familie, Bildung und Personal sollten das Thema rund um Sommerbetreuung, Bildungszeiten und Vereinbarkeit angehen. Zehn Treffen gab es, es ging da viel um „Denkmodelle“ und „technische Machbarkeiten“. Aktuell gibt es keine Treffen, das Besprochene und Beschlossene könnte nun „vertieft“ werden.

So zumindest geht es aus aktuellen Antwortschreiben der zwei Landesräte an Maria Elisabeth Rieder hervor. Die Team-K-Abgeordnete hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Anfragen zum Thema sowie einen eigenen Beschlussantrag in den Landtag eingebracht: Sommerbetreuung – wird ab 2026 wirklich alles anders? Wie lange werden Familien noch dem Stress der „Clickdays“ ausgesetzt sein? Kurzum: Was ist mit all den Ankündigungen passiert?

Klare Antworten gibt es nicht. Bezüglich Sommerbetreuung habe man sich „mit der Ausarbeitung neuer, vereinfachter Kriterien befasst“, ebenso mit der „Sicherstellung der Finanzierung“. Auch habe man „mehrfach“ verschiedene Vertreterinnen



„Schritt für Schritt“ komme man an das Ziel, so Rosmarie Pamer und Philipp Achammer. Es fühlt sich allerdings an, als ob man einen Schritt vor und wieder zwei zurück macht.

Foto: Alexander Alben

„Das Problem wird nicht kleiner, sondern größer.“

Maria Elisabeth Rieder, Team K

der Gewerkschaften „zu diesem Thema eingebunden und angehört“. Bezüglich vereinheitlichte Bildungszeiten heißt es, dass Pilotschulen „nun Modelle entwickeln“ und bei der Landesdirektion „um Aktivierung ansuchen können“.

Übersetzt heißt das für die Eltern und Kinder: Auch für diesen Sommer und das nächste Bildungsjahr bleibt alles wie immer. Was sich dann in naher Zukunft an konkreten Veränderungen ergeben wird, das wird sich weisen.

Maria Elisabeth Rieder weiß, dass das Ganze alles andere als einfach zu lösen ist. Sie weiß aber auch, dass es so nicht weitergehen kann: „Das Problem wird nicht kleiner, sondern größer“. Es müssten wirklich *alle* an einem Tisch sitzen und so lange verhandeln, bis verlässliche Lösungen da seien, „die alle miteinschließen“, so Rieder.

Rosmarie Pamer lässt sich allerdings nicht aus der Ruhe bringen. Die Aufregung perlt an der Politikerin ab. Bereits Mitte Januar, kurz nachdem das Tagblatt *Dolomiten* den Plan zu den Bildungszeiten als „Schlag ins Wasser“ benannte, sagte die Landesrätin zu *ff*: „Man muss hier einen Konsens suchen. Das ist ein Prozess, der gemeinsam wächst.“ Sie sehe das Ganze auch aus Sicht der Gemeinden und der Schule – sie sei ja selbst Bürgermeisterin und Lehrerin gewesen.

Pamer hat einen sehr pragmatischen Blick auf das ganze Thema. Es ist ja nicht so, sagt sie, dass nichts passiert wäre. Und sie zählt auf: Im Herbst würden ja schon mal einige Pilotschulen starten mit Mensa und gleitenden Ein- und Austrittszeiten. Dann werde es überarbeitete Qualitäts- und Finanzierungskriterien in der Sommerbetreuung geben. Auch arbeite man an



viele Möglichkeiten. Das Ganze müsste „nur“ besser verzahnt und miteinander verbunden werden. „Vielleicht“, so Christa Ladurner, „müssten wir dafür ein paar heilige Kühe schlachten. Vielleicht sollten wir Bildung endlich vielfältiger und breiter denken.“ Ladurner sagt, sie sehe viele Politiker:innen, die bemüht sind. Sie sehe auch Verwaltungen, die bemüht sind. Aber es brauche „verlässliche Lösungen“. Was die neue Landesregierung nach ihrem ersten Jahr präsentiere, sei keine verlässliche Lösung. „Ich sehe hier nicht den großen Wurf.“

An diesem Sonntag, dem 8. März, ist Weltfrauentag. Ein Anlass, um sich zu fragen, wo Frauen, Mütter und Töchter gesellschaftlich stehen und was sich bei der Chancengerechtigkeit verändert hat. Nun, getan hat sich einiges, aber bei Weitem nicht genug. Deshalb helfen am Weltfrauentag auch keine Kacheln mit Kampfansagen bei Instagram. Es braucht eine konkrete Strategie und handfeste finanzielle Zusicherungen. Es braucht eine Idee, die begeistert.

Seine „Vision“, sagt der Bildungslandesrat, sei es, „die Schule als offenes Gebäude zu gestalten, in dem verschiedene Partner außerhalb der Schulzeit Betreuungsangebote anbieten“. Ihm sei bewusst, „dass der Weg dorthin noch weit ist“.

Nach den Enttäuschungen dieses ersten Regierungsjahres sollte er sich allerdings nicht allzu lange Zeit lassen. ■

Alexandra Aschbacher

einem kontinuierlichen Sommerangebot für Kinder von 3 bis 6 Jahren bis Ende Juli. Und: Die Nachmittagsbetreuung werde künftig nicht von der Familienagentur, sondern von der Abteilung Bildungsförderung gesteuert werden. „Wir müssen das ganze schrittweise angehen“, sagt Pamer.

Südtirol ist in vielerlei Hinsicht noch immer ein konservatives Land. Alte Rollenbilder hängen in den Köpfen fest, es gibt noch klassische Vorstellungen davon, dass Erziehungs- und Pflegearbeit allein von Frauen gemacht werden, unentgeltlich. Es gibt immer noch Menschen in Parteien und Vereinen, die eine Mensa, eine Nachmittagsbetreuung oder eine ganzjährige Kinderbetreuung fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Wie sehr das Thema ideologisch aufgeladen ist, ließ sich auch bei der Landtagssitzungswoche im Februar beobachten. Sven Knoll von der Südtiroler Freiheit sprach von „Fremdbetreuung“ und forderte, dass man auch Möglichkeiten für jene Frauen schaffen müsse, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen. Landesrat Marco Galateo (Fratelli d'Italia) betonte, es könne nicht angehen, den Kindergarten als „Parkplatz für den Sommer“ zu institutionalisieren. Brigitte Foppa von den Grünen wiederum plädierte dafür, für den Sommer endlich „organische und kontinuierliche Lösungen“ zu finden und wegzukommen von diesem „Flickenteppich“.

Ein Fortschritt wäre es schon, die „Vereinbarkeit“ nicht als rein individuelles Problem zu sehen. Anzuerkennen, dass Familienarbeit für die Gesellschaft existenzielle ist. Aufzuhören, Mütter gegeneinander auszuspielen, je nachdem, für welches Lebensmodell sie sich entscheiden.

Südtirol ist ein reiches Land. Es hat viele Ressourcen, viele Vereine, viele motivierte und offene Pädagog:innen,

Wenn ich **Brot** sage...
woran denkst du?

Nimm an
der **Umfrage** teil!

www.wennichbrotsage.it

AUTONOMIA PROVINCE BOZEN - SÜDTIROL
PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE
PROVINCIA AUTONOMA DE SÜDTIROL - SÜDTIROL

Südtiroler Sanitätsbetrieb
Azienda Sanitaria dell'Alto Adige
Azienda Sanitaria de Südtirol